









Wie sieht es nun mit den Ausichten auf eine Wiederherstellung der deutschen Wirtschaft, die doch nur möglich ist auf der Basis des weltwirtschaftlichen Warenverkehrs?

In der Monatschrift für Weltwirtschaft führt der bekannte Wirtschaftler Georg Bernhard über diese Frage nach einem gehaltenen Vortrage einiges aus, welches etwas Licht verbreitet. Zunächst unterscheidet B. vier Wirtschaftskreise auf dem Weltmarkt. Den russisch-sibirischen, den kontinental-europäischen, den des englischen Imperiums und den amerikanischen Wirtschaftskreis. Er beschreibt dann, wie diese Gebiete zu einander stehen. Das amerikanische Wirtschaftsgebiet habe sich mit den genannten anderen bereits sehr eng verflochten, was vor dem Weltkriege nicht der Fall war. Im englischen Imperium haben sich infolge des Krieges die einzelnen Gebiete wirtschaftlich mehr festbindend gemacht und treten heute bereits als Konkurrenten des Mutterlandes auf. England wurde geschwächt, indem seine Kohlenausfuhr durch Öl- und Wasserkraft verdrängt wird.

Im kontinental-europäischen Wirtschaftsgebiet sei nicht die Reparatur und die Kriegsschuldenlast schuld an der Depression, auch nicht die Reparationslast und der Dawesplan, das seien nur Nebenursachen. Die Hauptursachen lägen in den erheblichen Vermehrungen der Zahl der europäischen Nationalwirtschaften gegenüber der Vorkriegszeit. Die Vermehrung der Internationalität, die in der Produktion zu groß, in der Konsumtion aber zu klein sind, müsse naturgemäß zur Verarmung führen. Und das um so mehr, weil diese neuen Wirtschaften alter Tradition folgen, nicht den nationalen Arbeit durch Fülle. So erziele man in England das Antidumping und Patentenschutzgesetz, die Abhängigkeiten ganz außerordentlich.

Rußland war eines der vornehmsten Vorkriegsgebiete für europäische Waren in der alten Zeit. Infolge der Umwälzung zum Bolschewismus fällt es heute völlig aus. Es hat fast keine Bedeutung als Rohstofflieferant und Rohstoffmutter mehr verloren. England sei zwar nicht nominell, aber doch praktisch zum Schutz und Abwehrsprinzip übergegangen, dadurch habe es sein Verhältnis zu anderen Wirtschaftsgebieten total geändert. Auch Amerika hat seine Abwehrzustellung zu früher ergo verändert und ist bemüht, auch den südlichen Teil mehr und mehr unter seinen Einfluß zu bekommen.

Auch die Japaner haben ihre Produktivität gesteigert, und China ist nicht mehr so aufnahmefähig wie früher, für unsere Produktion. Es sei deshalb eine Illusion, zu glauben, daß der Export noch liberale aus Deutschland wieder im vollen Umfang gewonnen werden kann. Der Export wird auf gewisse Spezialgebiete beschränkt bleiben, solange der eigene Konsum in Deutschland zu gedroselt bleibt, wie es jetzt der Fall ist.

Eine Industrie kann nur dann erfolgreich exportieren und konkurrenzieren, wenn sie in der Lage ist, auf Grund eines billigen Konsums in eigenen Lande billig zu produzieren.

Abgesehen von einigen Kolonialländern kann ein Exportland, das Kulturland bleiben will, nur mit einem großen und breiten Eigenkonsum konkurrenzieren. Das ist das Geheimnis, warum Deutschland vor dem Kriege so konkurrenzfähig war und so billige Exportpreise stellen konnte, denn kaum ein anderes Land war hinsichtlich der Vermögens- und Einkommensverteilung so günstig gestellt wie Deutschland. Infolge der Inflation hat sich die deutsche Wirtschaft vor Grund aus verändert, weil diese leistungsfähig vorgegriffen wurde.

Bernhard sagt dann: Die Konsumfähigkeit des deutschen Volkes ist darauf begründet gewesen, daß ein zu hundert Mittelstand vorhanden war, der neben dem Arbeitseinkommen noch Zulagen zu verdienen hatte, der es möglich machte, den Lebensstandard über das eigentliche Arbeitseinkommen zu erhöhen. Auch der Reallohn des deutschen Arbeiters ist hoch gewesen, obwohl der Nominallohn niedriger war als in anderen Ländern. Letzteres ist richtig, aber erstere, da muß man doch ein Fragezeichen machen.

Es ist kurzschichtig, sagt B. weiter, zu glauben, durch veramerikanisierte Durchflation, durch Wiedereingliederung von Unkosten in erster Linie durch Herabsetzung der Arbeiterlöhne billiger produzieren zu können. Das heißt es ein Transfusions, der, wirtschaftlich gesehen, vorhängnisvoll ist. Worauf es ankommt, ist, den Versuch zu machen, bei gleichbleibendem Nominallohn den Reallohn durch Verbilligung zu erhöhen.

Freilich, ob diese richtige Schlussfolgerung Beachtung finden wird, ist eine andere Frage!

Dann streift B. die Bestrebungen, durch Nationalisierung die Produktion zu steigern. Da kommt er zu demselben logischen Erkenntnis, wie wir auch, daß eine ungeheure Massenproduktion auch einen Massenverbrauch verlangt, der eben zurzeit nicht da ist. Voraussetzung ist, daß die Gebiete zu schaffen, und hier stehen wir auf der Weltwirtschaft als Folge mangelnder Absatzgebiete, die mit normalen Mitteln gar nicht bekämpft werden kann.

Aber wird geltend gemacht, die Befreiung vom Militärismus und die Zahl der Rekruten, die heute wieder tätige sind, Europa sei eben überfüllt, das Problem müsse gelöst werden oder es gibt eine Revolution.

Eine Lösung ist nur möglich durch den wirtschaftlichen Zusammenbruch der europäischen Staaten. Und dieser Bruch muß sehr bald und sehr schnell da sein, wenn ein neues Aufblühen ermöglicht werden soll. Einmal werden sich die einzelnen europäischen Länder gegenseitig noch sehr referieren, es sei gar keine Frage, heißt Bernhard meint jedoch, es liegt innerhalb Europas in schneller Aufeinanderfolge die Fülle innerhalb Europas abgebaut werden und so wie beim Deutschen Reich vereinigen — die Zollgrenzen erweitert und an die Grenze des Kontinents gelegt werden.

Im kontinental-europäischen Wirtschaftsgebiete habe es sich noch hinreichend Kolonialgebiete, um den Lebensstandard Europas zu heuern. Ein solches Kolonialgebiet im weiteren Sinne sei Rußland. Es sei klar, daß das Entkommen der Produktionskraft und wirtschaftlich in Rußland andere Produktionskraft gemacht hat. Und nun folgert auch

B. hieraus, daß es nicht möglich sei, zu produzieren, ohne das privatrechtliche Profitinteresse des Unternehmers und des Arbeiters. Ohne Bildung von Priorität sei es unmöglich, nach den Grundfragen kapitalistischer Wirtschaftstechnik zu produzieren. Man werde sich aus diesem Grunde eines Tages um Rußland reizen in kapitalistischen Kreisen.

Nach dem Umstellungsprozeß, der sicher eines Tages kommen wird, wird als Ergebnis der russischen Revolution ein Einfluß auf die Gestaltung des Eigentumsbegriffs entstehen, gerade so, wie die große französische Revolution die Erklärung der Menschenrechte gebracht hat.

Es wird sich die Idee herausbilden, daß eine Art Ober-eigentum der Gesamtheit besteht. Rußland vollzieht die Synthese, (s. B. den Vertrag der Erklärungen der gemeinsamen wurde nach der Revolution) zwischen Bolschewismus und Kapitalismus nach der kapitalistischen Seite hin, während in den übrigen Teilen der europäischen Wirtschaft eine Synthese zwischen Kapitalismus und diesen neuen russischen Formen mehr nach der Seite der Sozialisierung entstehen werden.

Man mag zu diesen Ausführungen stehen wie man will, sie haben eine gewisse Wahrscheinlichkeit für sich. Es ist auch leicht einzusehen, daß in Rußland sich für den europäischen Warenabzug und Austausch größere Chancen finden lassen, als in den Ueberseegebieten.

Es ist ferner beachtlich, da Herr Bernhard seinen Vortrag in der Weltwirtschaftlichen Gesellschaft am 14. Mai in Berlin gehalten hat, also vor einem Gremium, das aus den hervorragendsten Männern der Wirtschaft und der Wissenschaft bestand. Daran darf man immerhin folgern, daß auch in diesen Kreisen die Sorge um die Zukunft der deutschen Wirtschaft nicht gering sein mag.

Überdies in der Aussprache über den gehörten Vortrag kam das nicht zum Ausdruck. Der Syndikus Dr. Köhinger glaubte an Hand gestellter Umfänge bei den Arbeiterkonsumkreisen sei der Nachweis erbracht, gestiegene Konsumkraft des deutschen Volkes. Ferner wollte er behaupten, daß auf Grund des Geschäftsbereichs der Firma Rudolf Karstadt A. G., im April 1926 die Preise um 25 bis 30 Proz. niedriger waren als im April 1925.

Der Referent erwiderte, der Statistik der Konsumpreise sei keine entscheidende Bedeutung beizumessen. Nur ein großer Zifferntausch könne den Beweis erbringen, daß die Konsumkraft in Deutschland nicht gedroselt sei. Im übrigen werde der Zulammenbruch der europäischen Staaten zu einer Isolation erfolgen, wenn die einzelnen Staaten durch die Not dazu gezwungen sein werden. Die Frage der Fülle sei eine Prinzipienfrage, das Oben aber sei allgemeine Freiheit. Wer sie will, muß bei sich und seinem Nachbar anfangen.

In der Praxis ist es nicht so, daß der eine wartet, bis der andere anfängt, und so läßt eben keiner an, Herr Bernhard hat den Herren allerdings Risse vorgelegt, aber aufgetaucht sind sie anscheinend nicht worden. Man hat den Eindruck, als ob man sich auch in neuen Kreisen solange wie irgendmöglich über den Ernst der Situation, in welcher sich die deutsche Wirtschaft und breite Schichten unseres Volkes befinden, hinwegtäuscht.

Wir wollen durch diesen Auszug über die Ausführungen von der Zukunft weltwirtschaftlichen Warenaustausches unsere Leser darauf hinweisen, wie kompliziert diese Probleme sind. Es ist in der Tat unmöglich, etwas Bestimmtes über die mutmaßliche Entwicklung dieser Dinge zu sagen, weil Komplikationen oder auch günstige Umstände die Situation völlig ändern können, die wiederum Entwicklungsmöglichkeiten schaffen, die vorher nicht zu übersehen sind.

### Das Ergebnis der Lohnsteuererstattungen.

Bisher 46 Millionen zurückgezahlt.  
Von Erich Minner.

Seit einiger Zeit hat sich der gewerkschaftlichen Kleinarbeit ein neues, wichtiges Gebiet eröffnet: die Lohnsteuererstattungen. Vor etwa einem Jahre brachte das Steuerüberleitungs-gesetz zum erstenmal Bestimmungen über die Erstattungen von Lohnsteuer bei Verdienstausschlag infolge Erwerbslosigkeit, Krankheit usw. und über die Erstattungen bei Vorliegen besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse. Diese Bestimmungen sind dann auch in das neue Einkommensteuergesetz übernommen worden. Als dann aber die Erstattungsanträge in viel größerer Zahl einliefen, als erwartet worden war, stellte sich heraus, daß diese Bestimmungen nicht einfach genug waren. Auf sozialdemokratische Vorschläge hin wurde dann durch das Gesetz zur Vereinfachung der Lohnsteuer ein besonderes Ausschereverfahren eingeführt. Nachdem die Frist für die Einreichung der Anträge für das Jahr 1925 bereits seit dem 30. April abgelaufen ist, und die Mehrzahl der Erstattungen bereits erledigt sein dürfte, läßt sich jetzt ein Ueberblick über das Ergebnis der Erstattungen gewinnen. Nach Angaben des Reichsfinanzministeriums sind im Laufe des letzten Jahres folgende Beträge erstattet worden:

Im Jahre 1925	6 045 000 Mfl.
Im Januar 1926	4 295 000 Mfl.
Im Februar 1926	6 771 000 Mfl.
Im März 1926	11 051 000 Mfl.
Im April 1926	9 314 000 Mfl.
Im Mai 1926	8 340 000 Mfl.
Insgesamt 47 816 000 Mfl.	

Danach sind also fast 50 Millionen Mark Lohnsteuer erstattet worden. Die tatsächlichen Rückzahlungen dürften aber noch erheblich höher sein: denn die familiären Ausgaben umfassen nicht die Erstattungen wegen Verdienstausschlag im Jahre 1924 und im Jahre 1925, soweit die Rückzahlung in den Monaten Oktober bis Dezember 1925 erfolgt ist, und andererseits sind die Erstattungen gegenwärtig noch nicht abgeschlossen, so daß auch noch im Monat Juni Rückzahlungen vorzunehmen werden.

Dieses Ergebnis ist in weitaus höherem Maße beachtenswert. Es zeigt zunächst, daß es gelungen ist, die Lohnsteuer in einem wesentlichen Punkte zu vereinfachen. Die Lohnsteuer soll die Einkommensteuer der Lohn- und Gehaltsempfänger sein, sie soll aber

zugleich so einfach gestaltet sein, daß sie vom Arbeitgeber abgezogen werden kann und den Finanzämtern die Veranlagung von rund 15 Millionen Steuerpflichtigen erspart. Weil aber das Abzugsverfahren so einfach wie möglich sein muß, kann auf die besonderen Verhältnisse im einzelnen Fall nicht in gleicher Weise Rücksicht genommen werden wie bei der veranlagten Einkommensteuer. Hat man doch den ersten Lohnabzug sogar ohne Rücksicht auf die Höhe des Einkommens und des Familienstandes gleichmäßig von allen Arbeitnehmern mit 10 Proz. erhoben. Erst später ist die Freistellung des Existenzminimums und der Familienvermögen hinzugekommen. Aber erst jetzt ist es gelungen, im Wege der nachträglichen Erstattungen die volle Eindringung dieser Ermäßigungen in allen Fällen zu gewährleisten.

Bei der Lohnsteuer ist die Steuerrechnung vor die entgegengelegte Aufgabe gestellt wie bei der veranlagten Einkommensteuer. Die wichtigste Aufgabe für die veranlagte Einkommensteuer ist: Wie kommen wir zu einer möglichst genauen Erziehung aller Einkommen? Die wichtigste Frage bei der Lohnsteuer dagegen lautet: Wie gelangt eine möglichst weitgehende Berücksichtigung der Verhältnisse des einzelnen Falles? Was in dieser Hinsicht im letzten Jahre erreicht ist, geht aus folgender Gegenüberstellung hervor: Bei den Besteuerern sind mit Hilfe der Vorkontrollen rund 100 Millionen Mark nach erhoben worden, bei der Lohnsteuer sind im Wege der Erstattungen rund 50 Millionen Mark zurückgezahlt worden. Die Besteueren hatten also 100 Millionen zu wenig, die Arbeiter 50 Millionen zu viel gezahlt!

Diese Vorkontrollen der Lohnsteuer muß noch weiter ausgebaut werden. Die ungeheure Arbeitslosigkeit dieses Jahres wird sich erst bei den Erstattungen zu Beginn des nächsten Jahres voll auswirken. Die Fülle an Arbeit, die sich daraus ergibt, muß soweit wie möglich durch weitere Vereinfachung des Verfahrens vermindert werden. Die sozialdemokratische Reichstagsopposition wird sich weiter dafür einsetzen; sie hat bereits Vorschläge und Anregungen dem Reichsfinanzministerium unterbreitet, die sich auf die Befreiung der Untertanen und das Stellen der Anträge sowie auf die Behandlung der Kurzarbeiter beziehen. Insbesondere wird in Zukunft größeres Augenmerk auf die Erhöhungen des steuerfreien Lohnbetrages gelegt werden müssen, wodurch eine große Anzahl von Erstattungen vorkommend werden kann.

Vor allem aber ist das Ergebnis der Erstattungen zu werten als der Erfolg einer einjährigen Arbeit, die die sozialdemokratische Reichstagsopposition, die Partei- und Gewerkschaftspresse und nicht zuletzt Gewerkschaftssekretäre und Parteifunktionäre gemeinsam geleistet haben. In einem im Januar 1925 eingebrachten Antrag hat die sozialdemokratische Reichstagsopposition erstmalig die Einführung der Erstattungen bei der Lohnsteuer gefordert, und sie hat diese Forderung so lange wiederholt, bis es ihr gelang, entsprechende Bestimmungen in das Steuerüberleitungs-gesetz und das Einkommensteuergesetz hineinzu bringen. Sie hat sich aber nicht damit begnügt, Forderungen zu erheben und die Ausführung dem Reichsfinanzministerium zu überlassen, sondern sie hat selbst Vereinfachungsvorschläge gemacht, als sich herausstellte, daß die gesetzlichen Bestimmungen zu kompliziert waren. Schon im November 1925 hat sie dem Reichsfinanzministerium solche Vorschläge unterbreitet, und es ist nur am Widerstand des Ministeriums gescheitert, daß die vereinfachten Vorschriften nicht schon vor dem 1. Januar 1926, sondern erst Ende Februar erlassen worden sind.

Aber all diese parlamentarische Arbeit hätte nicht diesen Erfolg haben können, wenn nicht Partei- und Gewerkschaftspresse, Gewerkschaftssekretäre und Parteifunktionäre sich für die Durchführung der neuen Bestimmungen zur Verfügung gestellt hätten. Während die bestehenden Klassen eine bestimmte Leistung darin haben, alle Erleichterungen der Steuergehalte nach Möglichkeit auszunutzen, kam es hier darauf an, die Arbeiterschaft, die an den Vorteilen mit den Finanzämtern nicht gewohnt ist, auf die Erstattungsanträge aufmerksam zu machen und sie beim Stellen der Anträge zu unterstützen. Es ist gewiß keine kleine Arbeit gewesen, wenn es schließlich gelungen ist, die Zahl der gestellten Erstattungsanträge auf rund 3 Millionen zu bringen. Und dabei waren noch mannigfache Anfangsschwierigkeiten zu überwinden, weil die Finanzämter auf eine so große Zahl von Anträgen nicht eingerichtet waren. Wenn im nächsten Jahre die Erstattungen für 1926 durchzuführen sind, ist zu hoffen, daß diese Schwierigkeiten nicht mehr vorliegen. Das ganze Verfahren wird dann noch und noch reibungsloser vor sich gehen und noch größere Erfolge zeitigen.

### Die Einwanderungsfrage in Frankreich.

(S. 8.) Im Pariser „Peuple“ berichtet A. Lapiere, Hilfssekretär des französischen Gewerkschaftsbundes, über die Einwanderungskontrolle in Frankreich, die offiziell so gestaltet ist, daß, abgesehen von den Wanderarbeitern, die Einwanderung nur auf Grund eines vom Arbeitsministerium autorisierten Arbeitsvertrages gestattet ist. Das Arbeitsministerium hat dafür zu sorgen, daß durch die Einwanderung die in gewissen Berufen bestehende Arbeitslosigkeit nicht vergrößert wird. Lapiere stellt fest, daß trotz dieser Bestimmungen von einer wirksamen Kontrolle nicht gesprochen werden kann, und zwar hauptsächlich deshalb, weil es oft vorzukommen scheint, daß Arbeiter als Wanderarbeiter in Frankreich einwandern, um sich dann nach kurzer Zeit ihrem eigentlichen Beruf zuzuwenden, was oft zur Folge hat, daß die bereits niedrigen Löhne gewisser Industrien noch weiter herabgedrückt werden. Angehörige dieser Sachlage stellt Lapiere die Frage: „Was nicht die vom Arbeitsministerium ausgeübte Kontrolle über die für Handel und Industrie bestimmten Einwanderer, wenn die Land- und Bergarbeiter, die ohne Kontakt mit den Arbeitsnachweiser das Land betreten können, nach einiger Zeit doch in Industrien Arbeit suchen, wo die Arbeitsnachweiser die von den Arbeitgebern geforderte Einwanderung nicht freigeben würde?“

Im diesen Uebelständen zu begegnen, tritt Lapiere für ein einheitliches Bism für alle Ein-



wanderer ein, gleichviel, ob es sich um Land- oder Industriearbeiter handelt. Diese Väter sollen vom zentralen Arbeitsnachweis auf Grund der Angaben der verlassenen von den Arbeitern und Unternehmern gemeinsam verwalteten Arbeitsnachweismitteln verteilt werden. Papierer sagt zum Schluß: „Die Arbeitermitglieder des Nationalrates für den Arbeitsnachweis werden energisch für diese Maßnahmen eintreten. Wenn sie dabei auf unüberwindlichen Widerstand stoßen, so haben sie in Erwägung zu ziehen, ob es nicht besser ist, die Zeit nicht mit Bestrebungen zu verlieren, die doch zu keinen positiven Resultaten führen.“

**Leistungszulagen sind nicht abziehbar.**

Ein beachtenswertes Urteil fällt im Juni das Gewerbeamt Darmstadt zugunsten der bei einer Möbel-fabrik beschäftigten Tapezierer, die geklagt hatten, weil ihnen die schon seit Jahren erhaltenen Leistungszulage mit der Begründung des schlechten Geschäftsganges von der Firma abgezogen wurde.

Die Firma würde verurteilt, die ab Februar unterlassene Zahlung der Leistungszulage von 15 Proz. an die Kläger nachzuzahlen, auch wurden der Firma die Kosten aufgelegt. Lieber den Tatbestand und die Gründe ist folgendes bemerkenswert:

Am 26. Februar habe die Firma erklärt, daß sie die Zulagen wegen der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht mehr zahlen könne. Die Kläger seien der Meinung, daß diese einseitige Lohnregelung nicht zulässig und rechtlich un-wirksam sei: sie hätten der Maßnahme sofort wider-sprochen, man habe die Sache auch vor das Tarifschiede-gericht gebracht, dieses sei aber zu der Meinung ge-kommen, daß es sich hier nicht um eine Tarifverletzung handele, sondern die Erledigung der Frage den einzelnen Betrieben zu überlassen sei. Eine Minderung der Leistungen der Kläger könne nicht behauptet werden, vielmehr liege die Klage vor. Beilagen beantragte Ab- weisung der Klage. Die Leistungszulage unterstehe dem freien Ermessen des Arbeitgebers, sowohl nach all-gemeinen rechtlichen Grundsätzen sowie insbesondere nach dem Wortlaut des Tarifs, der in 2b folgendes bestimmte:

„Es bleibt dem Arbeitgeber überlassen, besonders leistungs-fähigen Belegschaftsmitgliedern, besonders leistungs-fähigen Belegschaftsmitgliedern einen den Tariflohn übersteigenden Lohn, je nach Leistung, zu gewähren. Wird sie gewährt, so liegt die Höhe im Ermessen des Arbeitgebers. Wegen der Höhe habe man sich in den letzten Jahren an die im Holz-gewerbe üblichen Zulagen von 10 und 15 Proz. auch für die in den Möbel-fabriken beschäftigten Tapezierer ge-halten; aber der Tarif im Holzgewerbe sei günstig, die Münzbewertung abgesehen, ohne daß ein neuer Tarif an die Stelle des alten getreten sei; eine Anlehnung an die alten Vereinbarungen im Holzgewerbe, die als Ausgleich gegenüber der Arbeitslosigkeit gedacht waren, sei heute nicht mehr gerechtfertigt. Ob die Kläger schon seit 1922 Leistungs-zulagen bezogen hätten, sei im Augenblick nicht bekannt, aber seit mehreren Jahren seien sie wohl im Bezug ver-fallen. Doch ein Nachzahlen der Leistungen stattefinden habe, solle nicht behauptet werden. Der Tarifvertrag wurde vorgelegt und die Ritzer 2b verlesen, ebenso das Protokoll des Schiedsgerichts vom 17. Mai 1926.

Vergleichsversuche scheiterten. Beilagen ist verurteilt. Die Gewährung einer Leistungszulage steht im Ermessen des Arbeitgebers, auch ist sie nach dem Wortlaut des Tarifs abhängig von der Leistung; aber in der letzteren Be-ziehung ist eine Veränderung nach den Angaben beider Par-teien nicht zu verzeichnen. Beilagen nimmt das Recht für sich in Anspruch, die frei gewährte Zulage auch aus anderen Gründen, hier wegen der schwierigen Geschäfts-lage, die gerichtsbehaftet ist, zurückzunehmen.

Aber das Gericht war der Meinung, daß dies nach jahrelangem ununterbrochenen Gewährung nicht mehr einseitig gelassen könne. Durch die langjährige Nutzung ist der Tariflohn nicht Zulage zu einer vorübergehenden Ver-änderung geworden, die nur durch Vereinbarung geändert werden kann. (Siehe arbeitsrechtliche Entscheidungen des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts Berlin, Nr. 1444.) Eine andere Auslegung würde einer Auffassung nach Treu und Glauben im Verkehr nicht entsprechen. Infolge des Widerspruchs der Kläger gegen die beabsichtigte Veränderung der Beilagen bleibt der alte Lohn maßgebend, solange das Arbeitsverhältnis nicht gerichtlich ist. Das Gericht des Holzarbeiter-Tarifs ist darauf ohne Einfluß.

**14 1/2 Millionen Ja-Stimmen.**

Durch die Abstimmung hat das deutsche Volk zum ersten Male im Volkstentseid das Recht der direkten Ge-legebung auszuüben versucht. Abgestimmt haben rund 15 600 000 Wähler, davon 14 1/2 Millionen mit Ja, also für die entscheidungsgewisse Entscheidung der Fürsten. Diese ab-gegebenen Ja-Stimmen entsprechen 24 Reichstagsman-daten. Da die Hälfte aller stimmberechtigten Wähler 10 700 000 beträgt, so ist damit das Gesetz abgelehnt. Und doch muß hervorgehoben werden, daß die Stimmenabgabe und besonders die Stimmen mit Ja nicht nur von den Parteien der Sozialdemokraten und Kommunisten, sondern auch von einem großen Teil bürgerlicher Wähler aus-gegangen worden sind. Also trotz des famosen Koebel-Briefes, trotz der verurteilenden niedrigen Gegenagitatio-nen der Fürstentente und des mit allen Mitteln getriebenen Terrors auf dem Lande gelang es, weitere 2 Millionen gegenüber der Beteiligung am Volkstentseid auf die Beine zu bringen. Also trotz alledem eine gewaltige Kundgebung eines einheitlichen Volks-willens. Sind bei der letzten Reichstagswahl im De-zember 1924 rund 10 689 000 Stimmen für Sozialdemo-kraten und Kommunisten abgegeben worden, so sind ge-messen an der Stimmenabgabe zum Volkstentseid, weitere 5 Millionen dazugekommen. Klar und eindeutig sind die Stimmenmehrheiten für die entscheidungsgewisse Entscheidung der Fürsten in den Wahlkreisen Berlin, Potsdam II, Ham-burg und Leipzig ausgefallen. Nach diesem Ergebnis steht die offene Auflösung der Zentrumsarbeiterschaft in Rhein-land-Westfalen. Ungeachtet der Stellungnahme der Zen-

trumparteileitung, nichtachtend die Befehle der Bischöfe, entgegen dem Willen der unteren Geistlichkeit haben die Zentrumsarbeiter mit Ja für die entscheidungsgewisse Ab-stimmung der Fürsten gestimmt. Es wurden in den Zen-trumschwerpunkten 108 500 Stimmen mehr abgegeben, als Sozialdemokraten, Kommunisten und Unabhängige am 7. Dezember 1924 zur Reichstagswahl zusammen auf-brachten. Würden damals für die genannten Parteien in den 5 rheinisch-westfälischen Wahlkreisen 1 765 995 Stimmen gezählt, so diesmal beim Volkstentseid 2 272 945. Die Wähler sprechen eine deutliche Sprache und geben deutlich die Empörung der Zentrumsarbeiter gegen die Haltung ihrer Partei und gegenüber der bischöflichen Barocke zurückstimmend wieder. Andererseits kamen die Folgen des Terrors besonders in den Domänen der Krauzjaner in Ostpreußen und Pommern zum Ausdruck, wo beinahe die Ja-Stimmen hinter der Stimmenzahl der Arbeiter-parteien zurückblieben. Im allgemeinen zeigt der Ausgang des Volkstentseids die Verachtung der Abstimmenden gegen die ehemaligen Fürsten und ihre unerhörte Jagden, die in ihren Forderungen zum Ausdruck kommt. Der Volkstentseid hat gezeigt, daß die Industriegebiete in überwältigender Mehrheit gegen die früheren Herrscher, gegen die Monarchie und für die Republik eingetreten sind. Jetzt hat der Reichstag das Wort. Sollte eine Regelung diesen nicht gelingen, wird wohl die Auflösung des Reichs-tages das Gegebene sein!

**Jubiläum des Reichsgesundheitsamts.**

Am 30. Juni 1876 wurde in Berlin das Institut ge-gründet, kann also mit diesem Tage auf ihr 50jähriges Bestehen zurückblicken. War im Anfang das Personal äußerst gering, so wurde die Zahl der Angestellten, der den sich ständig erweiternden Aufgaben immer größer. Heute ist ein renommierter Stab von wissenschaftlichen Sachverständigen, Medizinalbeamten und dem bezugehörigen Personal tätig. In den Diensträumen, die sich ab 1879 im eigenen Gebäude, Berlin, Luisenstraße 57, be-fanden, befand sich auch von 1880 bis 1885 die Arbeits-stätte von Robert Koch. Später, im Jahre 1897, über-nahm das Amt nach der Klosterverkauf, wo es sich heute noch befindet. Dem Reichsgesundheitsamt steht der Reichs-gesundheitsrat zur Seite. Ergänzt wurde das Amt durch die Angliederung der früheren Kaiser-Wilhelm-Abademie, die mit ihren 95 000 Bänden die größte medizinische Bibliothek Europas darstellt. Auch die Dispensare und das sozialhygienische Archiv sind seit 1924 dem Amt einver-leibt. Hervorzuheben ist, daß als wissenschaftliches For-schungsinstitut das Reichsgesundheitsamt mit an erster Stelle steht. Hier erfolgte von Koch im Jahre 1882 die Entdeckung des Tuberkulosebakteriums und ein Jahr später die des Choleraerregers. Die Entdeckung und Züchtung des Diphtheriebakteriums verdanken wir Köster, und Gessly die Kultur des Typhusbakteriums. Hier wurden die ersten und grundlegenden Arbeiten über Desinfektion ausgeführt, und 1906 konnte Schaublin den Erreger der Syphilis entdecken. Bei wissenschaftlichen Expeditionen zur Erforschung epidemischer Krankheiten war das Reichsgesundheitsamt wiederholt beteiligt; aber auch die Befehle und Verord-nungen, so z. B. zur Entwässerung eines neuen Lebensmit-telgeschäftes, für das Reichsbadwasserwerk, für das Reichs-anweisung für das Dampfergesetz und vieles andere mehr hat das Amt vorbereitende Arbeit erfüllt. An der prakti-schen Bekämpfung des Typhus in Südwest- und Mittel-deutschland hat das Institut mit Erfolg Anteil gehabt. Ferner sind neben den zahlreichen regelmäßig erscheinenden Publikationen des Amtes noch die zur hygienischen Volks-belehrung herausgegebenen „Merkblätter“ und „Gesund-heitsbroschüren“ zu erwähnen.

**Tapezierer und Tischler nach Friedrich Stolze.**

Der bekannte Frankfurter Diätetiker Stolze hat auch in seinen Werken die Sitzung der Gewerbetammer aus dem Jahre 1856 geschildert. Dabei schreibt er über die Tapezierer und Tischler sehr humorvoll:

„Daß sich aber auch die Schreiner und Tapezierer nicht vereinigen wollen, ist unverständlich und sehr unrecht. Ein Tapezierer ist doch ein Mann, der uns schon auf der Erde den „Himmel“ erleuchten kann, während der Schreiner den Menschen schon diese „Kreuze“ gemacht hat. Dagegen hat der Schreiner aber viel mehr „Politur“ wie der Tape-zierer, wenn auch oft viel „Angehobenes“ bei ihm vor-kommt. Aber der Tapezierer weiß es doch auch, wie man es den Beuten „fließt“! Immerhin muß man es auch dem „Tapezierer“ lassen, daß er mit der „Feber“ umzugehen weiß. Damit soll aber durchaus nicht gesagt sein, daß man bei den Schreiner keine guten „Streiche“ finden könnte. Freilich herrscht unter den Schreiner ein viel größerer „Kathengestir“ als bei den Tapezierern, aber dafür sind die Tapezierer noch viel „gefiebter“. Und doch sind sie alle beide „merkwürdigerweise“, Fremdwörter, denn sie sind „Wesler vom Glanz“. Im allgemeinen ist der Schreiner nobler als der Tapezierer, denn er hält sich an „Partei“, während dem Tapezierer keine Sache die „Galerie“ ist. Die Tape-zierer aber haben dafür einen feineren Umgang als die Schreiner, denn sie geben viel mit „Marquisen“ um. Die Schreiner aber sind wieder bessere Doktoren, als die Tape-zierer, denn sie wissen sehr gut die „Wassern“ zu behan-deln. Dafür sind die Tapezierer wieder bessere „Diplo-maten“, denn sie stehen mit dem „Dippen“ in Verbindung. Die Tapezierer stehen überhaupt sehr viel mit den „Dit-tomanen“ zu tun, was bei den Schreiner nicht der Fall ist. Dagegen kommen die Schreiner auch öfters mit den „Wohlen“ in Verbindung. Die Tapezierer aber haben ein viel besseres Herz als die Schreiner, denn sie machen den Beuten recht gerne eine „Vortage“, die Schreiner aber tun den Beuten viel lieber „abziehen“. In Handels-sachen sind die Schreiner den Tapezierern weit voraus, denn sie haben die erste „Bank“ errichtet. Man sollte fast glauben müssen, die Schreiner wären viel dümmer als die Tapezierer, weil

man so viel „Vernageltes“ bei ihnen antrifft. Die Tape-zierer haben viel mehr „Stärke“ als die Schreiner, aber die Schreiner wissen doch, was „Zwingen“ heißt und haben auch einen feineren Blick, denn sie „durchdringen“ alles. Die Tapezierer aber haben den allerhöchsten Schatzpatron, und zwar unseren Herrgott, denn er hat die ersten „Wohlen“ aufgehängt und hat das erste „Zett“ gemacht. Da ist ihr Künstler und Handwerker, was ihr ausrichten könnt, wenn ihr euch vereinigen wollt, denn was der eine nicht hat, das hat der andere.“

Nebenfalls ist daraus zu ersehen, daß bereits vor 70 Jahren Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern beider Gewerbe statgefunden haben müssen über eine mögliche Vereinigung, die sich aber als eine Unmöglichkeit erwiesen hat.

**Die Maunmäße der Konsumvereine.**

Der Monat Mai zeigt wiederum eine Erhöhung der Durchschnittsumfänge. Er hat zwar noch nicht den März-monat, auf den das Osterfest und die Konfirmationen einen entsprechenden Einfluß ausübten, erreicht, er steht jedoch höher, als alle übrigen Monate des laufenden Jahres sowie auch des Vorjahres mit Ausnahme des Weihnachtmonats.

Anher der Woche vor Pfingsten zeigt auch noch die erste Woche als Auswirkung eines Behaltslages einen etwas höheren Durchschnittsumfang, während die Woche nach Pfingsten, in welcher der Pfingstmontag als Einkaufstagen ausgefallen ist, den geringsten Umfang aufweist.

Der Gesamtumfang der berichtenden 57 Konsumgen-fenkschaften mit 1 654 000 Mitgliedern belief sich in den vier Wochen des Monats auf 31,6 Millionen Mark. Auf den Wochenberichtszeitraum entfielen 4,78 Mr. Davon brachte die Woche vor Pfingsten den höchsten Durchschnittsumfang, nämlich 5,71 Mr., und die Woche nach Pfingsten den geringsten von 3,88 Mr.

Den höchsten Warenberichtszeitraum für den Monat Mai erzielte wiederum der sächsische Verband mit 6,26 Mr. Ihm folgt der nordwestdeutsche Verband mit 5,96 Mr. Nach der württembergische Verband kommt mit 5,27 Mr. voran. Am weitesten zurückgeblieben ist der südwestdeutsche Ver-band mit 3,47 Mr. Ihm folgt der sächsische Verband mit 3,71 Mr.

**Korrespondenzen.**

Dresden. Am 18. Juni kam eine gutbesuchte Ver-sammlung für die Lederwarenbranche statt, in der der Zentralvorstand, Kollege Blum-Berlin, in großen Zügen über die allgemeine Lage des Berufes, die der Lederwaren-branchen im besonderen und über die drei Tarifabschlüsse für die Gebiete Ostpreußen, Berlin und Dresden-Ostpreußen referierte. Nach langwierigen, am 15. Juni mit dem hiesigen Arbeitgeber gepflegten Verhandlungen, die sich aus dieses Mal mit aller Fähigkeit bemühten, Sondern-wünsche für sich durchzusetzen, gelang es, den Berliner Tarif auch für den Bezirk Ostpreußen zum Abschluß zu bringen. In einer kurzen Diskussion wurde in Anbetracht der ungenügenden Zeitverhältnisse diesem Abschluß trotz einiger Verschlechterungen zugestimmt. Die anregend ver-laufene Verhandlung befruchtete das Gedächtnis der unvor-brüchlichen Treue zur Organisation, dieselbe auszubauen und zu festigen und bei gegebener Zeit auch die hiesige-schläge wieder auszugleichen. Ernoth.

**Verbandsnachrichten.**

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Orts-verwaltungen.)

Vom 28. Juni bis 4. Juli ist der 26. Be-l-trag fällig.

Ohne Pflichten keine Rechte! Pünktliche Beitragszahlung ist jetzt doppelt Pflicht! Mit der 21. Woche sind die neuen Beiträge in Kraft getreten. Nicht die zurückbliebenden Beiträge, denn es ist 1. Juli müssen dieselben bis zur 20. Woche mit neuen Beiträgen gefüllt werden.

Das Abrechnungsmaterial ist den Verwaltungsstellen in den letzten Tagen zugehändigt worden. Verwaltungs-stellen, die bis zum Erscheinen der Zeitung das Material noch nicht erhalten haben, sollen dies der Hauptverwaltung melden.

Der Abrechnung liegt ein Rundschreiben bei, welches dem Gesamtverband und den Revisionen vorgelegt werden muß.

Dagegen hat jede Verwaltungsstelle ein oder mehrere Protokolle vom Verbandstag in Hamburg zu halten. Die zugehenden Protokolle sind kostenfrei. Das Protokoll kostet im Buchhandel 3 Mr., und Mitglieder, welche dieses für sich als ihr Eigentum beziehen wollen, erhalten das Protokoll für 1 Mr.

Für diejenigen Verwaltungsstellen, in deren Namen noch Stichwahlen stattgefunden haben, liegt auch das Wahlprotokoll für die Stichwahl bei.

Alle Verwaltungsstellen, welche die neuen Verord-nungen für die Erhebung der Arbeitslosigkeit und Gewer-berwaltung eingeleitet haben, werden bei den Stamms bis bisher Verkauften bis spätestens zum 8. Juli nach-holen.

Krefeld. Am 24. Juni konnte unser Kollege Max Eintritter auf eine 25jährige Verbandszugehörigkeit zurück-blicken. Früher Vorstandsmitglied in Oberfeld und in Krefeld ist er heute noch in der Bewegung tätig.

**Beerdigung.**

In der letzten Zeitung Nr. 25 ist ein Druckfehler ent-standen. Es muß heißen: Am 13. Juni starb im Alter von 48 Jahren unser langjähriger Mitglied Artur Ramm-berg, Tapezierer. Ehre seinem Andenken!